

## **Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP/Bernhard Eicher, JF): Steuersenkung – endlich auch in der Stadt Bern**

In den letzten Jahren wurden in zahlreichen Gemeinden der Schweiz, so auch in den SP-regierten Städten Zürich und Basel die Einkommenssteuern um mehrere Prozentpunkte gesenkt. Auch der Kanton Bern und diverse bernische Gemeinden, auch Nachbargemeinden wie Köniz und Ittigen schliessen sich diesem Trend an. In der Stadt Bern waren Steuersenkungen bisher ein Tabu. Das soll sich ändern.

Am 29. November 2009 hat das Stadtberner Stimmvolk dem Produktegruppen-Budget 2010 erwartungsgemäss zugestimmt. Erwartungsgemäss deshalb, weil ihm keine Alternative vorgelegt worden ist. Der Gemeinderat hat den Voranschlag als ausgeglichen zur Annahme empfohlen. Gleichzeitig prognostiziert er für das Jahr 2010 Steuermehreinnahmen von Fr. 12.4 Mio. und steigende Vermögenserträge von Fr. 7.8 Mio.

Angesichts des angeblich ausgeglichenen Budgets, erwarteten Mehreinnahmen aus Steuern und einer gemäss den Prognosen sich wieder verbessernden Konjunkturlage sowie dem budgetierten Leistungsausbau im Umfang von netto CHF 13 Mio. muss bei einem steigenden Aufwand (2010: Fr. 1.027 Mio.; 2009: Fr. 987.6 Mio.; 2008: Fr. 929.3 Mio.; 2007: Fr. 921.4 Mio.) eine Senkung der Einkommenssteuer die logische Folge sein. Ansonsten weist das Budget entweder nicht alle belastenden Faktoren aus oder es bestehen strukturelle Probleme oder es werden trotz sog. Sparpaketen immer neue Ausgaben und ein Leistungsausbau budgetwirksam.

Die Stadt Bern weist zumindest für den Mittelstand und besser Verdienende eine substantiell höhere Steuerbelastung aus als etwa die Stadt Zürich, obwohl letztere ein ungleich viel besseres Angebot bietet als die Stadt Bern und im Kanton Zürich als steuerlich unattraktiv gilt. Ein Rechnungsbeispiel: Familie mit 2 Kindern, steuerbares Einkommen Fr. 80'000.00: Steuern in Bern ca. Fr. 15'600.00, in Zürich ca. Fr. 9'400.00. Familie mit 2 Kindern, steuerbares Einkommen Fr. 150'000.00: Steuern in Bern ca. Fr. 39'100.00, in Zürich ca. Fr. 28'600.00 (vgl. Berechnungstool der Kantonalbanken). Deshalb vermag es auch nicht zu erstaunen, dass offenbar immer noch mehrere tausend in Bern arbeitende Personen zwar faktisch hier leben aber aus steuerlichen Gründen anderswo angemeldet bleiben.

Die Stadt Bern kann im Standortwettbewerb nur dann ein attraktiver Wohnort sein, wenn sich die Steuerlast einigermaßen auf demselben Niveau bewegt wie in vergleichbaren städtischen Zentren.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf,

1. die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Steueranlage für die Stadt Bern ab dem Jahr 2011 vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsansätze gesenkt werden kann;
2. die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Steuerbelastung durch die Einkommenssteuern für natürliche Personen in der Stadt Bern mittelfristig, d.h. ab dem Jahr 2014, auf unter das 1.30-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsansätze gesenkt werden kann;
3. beim Regierungsrat des Kantons Bern mit Nachdruck darauf hinwirken, dass er die Einkommenssteuern auf kantonaler Ebene senkt, im Interesse einer positiven Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im Kanton, aber insbesondere in der Stadt Bern.

Bern, 3. Dezember 2009

*Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP/Bernhard Eicher, JF), Dolores Dana, Mario Imhof, Philippe Müller, Pascal Rub*

### **Antwort des Gemeinderats**

Wie der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011 - 2014 zeigt, drohen nicht zuletzt wegen zunächst rückläufigen und dann nur leicht wachsenden Steuererträgen jährliche Defizite von bis zu 28,7 Mio. Franken. Dies entspricht dem Ertrag aus mehr als einem Steueranlagezehntel. In der Steuerprognose berücksichtigt ist auch eine steuerliche Entlastung um rund 9 Mio. Franken durch die kantonale Steuergesetzrevision 2011 (Version Regierungsrat). Inzwischen hat der Grosse Rat die Revision in weitergehender Form beschlossen, so dass die Stadt Bern ab 2012 zusätzlich rund 6,5 Mio. Franken Einnahmen verlieren wird. Die Steuerpflichtigen der Stadt werden damit um rund 0,7 Steueranlagezehntel entlastet. Damit wird das Ziel der Motionäre, die Steuerbelastung ab 2011 um 0,5 Steueranlagezehntel zu senken, faktisch bereits durch den Kanton erfüllt. Durch solche Steuergesetzrevisionen wird den Gemeinden aber der eigene Handlungsspielraum genommen.

Aufgrund der Planzahlen des IAFP 2011 - 2014 hat der Gemeinderat Sparmassnahmen für das Produktgruppen-Budget 2011 in Auftrag gegeben, damit er dieses ausgeglichen vorlegen kann. Zudem will er eine Aufgabenüberprüfung durchführen, welche die Erreichung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts ab 2012 unterstützen soll.

Die mit der Motion geforderte mittelfristige Senkung der Steuerbelastung durch die Einkommenssteuern für natürliche Personen, d.h. ab dem Jahr 2014, auf unter das 1,30-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsansätze ist unrealistisch. Es ist auf Gemeindeebene rechtlich nicht möglich, nur die Einkommenssteuern zu senken. Die Steueranlage gilt für alle ordentlichen Steuern, also auch für die Vermögensteuer sowie die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen. Verglichen mit dem geplanten Steuerertrag im IAFP 2014 würde eine Anlagesenkung auf unter 1,30 einen Ertragsausfall von knapp 60 Mio. Franken bedeuten. Der Gemeinderat kann den damit zwingend verbundenen Leistungsabbau nicht verantworten.

Der Gemeinderat will sich auch nicht beim Regierungsrat des Kantons Bern dafür einsetzen, dass die Einkommenssteuern auf kantonaler Ebene noch weiter gesenkt werden. Eine nochmalige Anpassung des Einkommenssteuertarifs würde auch der Stadt Bern weitere Ertragsausfälle bringen. Der Kanton müsste für zusätzliche Entlastungen der Bevölkerung seine eigene Steueranlage reduzieren, damit die Gesamtheit der Gemeinden nicht direkt betroffen ist.

Der Gemeinderat will seine solide Finanzpolitik weiterführen, den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag bis Ende 2012 abbauen und über die Konjunkturzyklen hinweg für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen.

### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Ertragsausfälle von gegen 60 Mio. Franken pro Jahr bedeuten einen massiven, nicht verantwortbaren Leistungsabbau und Aufgabenverzicht.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 28. April 2010

Der Gemeinderat